

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 55 (1963)
Heft: 4

Artikel: Die französische Gewerkschaftsbewegung und ihre Aufgabe
Autor: Bothereau, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

in Brüssel ¹⁶ auf die weitere Entwicklung der schweizerischen Sozialgesetzgebung ausüben wird. Es steht aber fest, daß dieser Einfluß – unmittelbar, wenn die Schweiz dem Gemeinsamen Markt beitrifft, oder mittelbar, wenn sie die weniger weit gehende Lösung der Assoziation anstrebt – sich bereits in naher Zukunft auswirken wird.

Jean Ziegler, Genf.

Die französische Gewerkschaftsbewegung und ihre Aufgabe

Von *Robert Bothereau*,
Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Force ouvrière

Abgesehen von einzelnen friedlichen Inseln, wie der glücklichen Schweiz, stehen fast alle Völker der Erde in einer sich rasch vollziehenden Wandlung.

Festzustellen sind ebenso sehr die tiefgreifenden Umgestaltungen, welche die entkolonisierten Staaten erschüttern, wie die gegenwärtige Unruhe im kommunistischen Block und das mühsame Ringen der Länder der demokratischen Welt um ein neues Gleichgewicht.

Sucht man nach dem Grund dieser Unrast, so wird man zweifellos die treibende Kraft im Nebeneinanderleben der oft als gegensätzlich betrachteten Zivilisationen des Ostens und des Westens finden, das sich trotz allen Hindernissen und Schwierigkeiten anbahnt.

Ein Nebeneinanderleben entwickelt sich, das auf einen bestimmten noch entfernten Treffpunkt gerichtet ist und letzten Endes in Bewegung gehalten wird durch den mächtigen Impuls der Technik, welche die modernen Gesellschaften überflutet und immer rascher zu neuen Formen der sozialen Organisation führt, in denen durchwegs die Gesellschaft über dem einzelnen steht, der in ihr aufgeht und von ihr vernichtet wird.

Dies muß man sich ohne Zweifel vor Augen halten, wenn immer man die Lage irgendeines Landes näher zu ergründen sucht. Vor allem gilt dies gerade für Frankreich, auf dessen Boden sich seit langem, ohne daß es der einen wie der andern Seite bewußt wird, die ideologischen Kräfte des militanten Kommunismus und einer lebhaften technischen Entwicklung verbinden. Der Gaullismus, von

¹⁶ In den Artikeln 117 bis 122 des Römer Vertrages wird das Amt für Soziale Sicherheit nicht erwähnt. Formell ist die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die stufenweise Integration der verschiedenen einzelstaatlichen Systeme der Sozialen Sicherheit verantwortlich. Tatsächlich ist aber das Amt für Soziale Sicherheit in Brüssel, das vom Kommissionsmitglied für soziale Angelegenheiten, Lionello Levi Sandri, und vom Direktor, Prof. Ribbas, geleitet wird, für die Anwendung der Richtlinien verantwortlich, die auf Grund des Vertrages erlassen werden.

dem gleichzeitig so viel Richtiges und Falsches gesagt wird, spielt dabei eigenartigerweise und ganz unbewußt die Rolle eines Katalysators.

Untersuchen wir den gegenwärtigen Stand der Dinge! Wer könnte etwa mit Sicherheit beurteilen, ob der Umstand, daß sehr große Zweige der französischen Wirtschaft – Energieproduktion, öffentlicher Verkehr und Bankwesen – verstaatlicht sind und daß Frankreichs Wirtschaft eine Planwirtschaft ist, letzten Endes ein Bollwerk gegen die vollständige Verstaatlichung unseres wirtschaftlichen und sozialen Systems darstellt oder im Gegenteil einen Ausgangspunkt und ein Sprungbrett nach dieser Richtung? Unbestreitbar scheint mir lediglich die Tatsache, daß ohne unsere Verstaatlichungen und unsere Planwirtschaft – begünstigt durch die freie und «fortschrittliche» Gewerkschaftsbewegung –, welche den Auswüchsen und Irrtümern des Liberalismus entgegengewirkt haben, dieser seit langem und ohne Uebergang einer Ordnung hätte weichen müssen, die unter dem Deckmantel der Behebung von Mißständen dem Liberalismus direkt entgegengesetzt wäre.

So viel zu den Grundlagen der französischen Wirtschaft. Was unser gegenwärtiges politisches System betrifft, so liegt es praktisch zwischen den Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie, wie sie Frankreich einst vertraut waren und von denen das Land sich aus verschiedenen Gründen gelöst hat, und einem doktrinlosen, aber nicht gefahrenfreien Autoritarismus. Das Mittelding zwischen Freiheit und Ordnung, das unsere Wirtschaft kennzeichnet, wird in Tat und Wahrheit durch die Zwittergestalt unserer politischen Einrichtungen mehr ergänzt als gestützt.

Zweifellos wäre daran zu erinnern, daß unsere heutige politische Lage auf den immer schärfern Kampf zurückgeht, der während vieler Jahre unter den drei großen Kräftegruppen ausgetragen wurde: der Demokraten in der Mitte, dem Kommunismus auf dem einen Flügel und auf dem andern einer vielgestaltigen Rechten mit wechselnder Bezeichnung. Der langdauernde Kampf wurde um so gewalttätiger, als wir von den Fragen der Gegenwart bedrängt wurden. Das «Problem Algerien» versetzte im Jahre 1958 der traditionellen Demokratie einen entscheidenden Schlag, und seither, unter dem gaullistischen Regime, geht der Kampf weiter.

Ausländische Beobachter, die mit den Verhältnissen vertraut sind, werden daher nicht erstaunt sein darüber, daß wir Franzosen alle, Bürger und Soldaten, uns fragen, welches Los uns die Zukunft bringen möge. Es wird auch keinen unserer Freunde im Ausland überraschen, daß in diesem ständigen Kampf an allen Fronten die Meinungen nicht auf der ganzen Linie übereinstimmen bei denen, die im Gedanken an unsere demokratische Vergangenheit sich mit der Gegenwart nicht abfinden können und in angstvoller Frage versuchen, sich auf die Zukunft vorzubereiten.

Schon heute sollten wir uns aber über etwas Grundlegendes verständigen, nämlich darüber, daß der Gaullismus als eine räumlich und zeitlich begrenzte Erscheinung zu betrachten ist, die überhaupt nichts oder Gott weiß was wäre ohne den Mann, dem sie ihren Namen verdankt. Demgegenüber bedeutet der Kommunismus eine wirkliche, von außen her gestützte und angetriebene Organisation mit überstaatlicher Blickrichtung. Trotz allen gegenwärtigen Erfolgen des Gaullismus sollten wir aber den Einzug des Kommunismus nicht weniger fürchten. In dieser Entscheidung sind die Auffassungen sehr geteilt: die einen betrachten das gegenwärtige Regime als ein Bollwerk gegen den Kommunismus, andere halten seinen Autoritarismus für die denkbar beste Vorbereitung der Geister auf den Einbruch eines totalitären Systems, und wieder andere – und solche gibt es überraschenderweise auch – möchten sich mit dem Kommunismus verbünden, um dem gaullistischen Staat Schach zu bieten.

Unsere wahre Aufgabe liegt aber bestimmt darin, zwischen beiden Mächten neu zu leben oder sie zu überleben.

Mit dieser Erkenntnis erfaßt die Gewerkschaftsbewegung ihre Verantwortung, die ihr in der gegenwärtigen Entscheidung auferlegt wird.

Es ist ein schwieriges Ringen um das Gleichgewicht, allzu fein und verwickelt, als daß es von unsern ausländischen Kameraden leicht verstanden würde.

Soll unter diesen Umständen die Gewerkschaftsbewegung vorwärtsdrängen? Soll sie sich verleiten lassen, größere Verantwortung für das Funktionieren des Systems zu übernehmen als die bereits erwähnten, die sie heute in der Verwaltung der verstaatlichten Wirtschaftszweige und in den Planungsbehörden trägt oder auch in dem durch die Verfassung eingesetzten Wirtschafts- und Sozialrat?

Bekanntlich hat man uns angeboten, am Runden Tisch bei der Umschichtung der Einkommen und Löhne mitzuwirken. Wir haben jedoch dieses Angebot ausgeschlagen, weil nach unserer Auffassung die Lohnfrage durch die gewerkschaftliche Aktion im Beruf und im Betrieb zu lösen ist und nicht auf dem Weg einer willkürlichen Verteilung durch die Gewerkschaftsverbände gemeinsam auf höchster Ebene.

Man weiß auch, daß der Gedanke einer Umgestaltung des Wirtschaftsrates und des Senates in der Luft liegt, womit der Gewerkschaftsbewegung ohne Zweifel größere Verantwortungen in der Wirtschaft übertragen würden.

Darf aber die Gewerkschaftsbewegung sich auf ein solches Experiment einlassen, das leicht ein Abenteuer werden könnte, und sich darauf verpflichten, was ihr offenbar angeboten wird, selbst auf die Gefahr hin, daß damit die Tendenz zu einem gewissen Korpo-

rationismus gefördert würde, mit dem sich der Gaullismus beflecken könnte, und sogar um den Preis, daß sie mit der Uebnahme neuer Bindungen zu einer Entwicklung der Wirtschaftsorganisation beitragen würde, bei der sie schließlich ihre Persönlichkeit und das Recht freier Entscheidung verlieren müßte?

Man wird verstehen, wie unbequem die Lage für die Gewerkschaftsbewegung ist, deren oberster Leitung die Regierung zusätzliche Wirkungsfelder einräumen möchte, während keine Gewähr dafür geboten ist, daß die gleiche Regierung nicht an Formen sozialer Bindung denkt, welche sich in den Betrieben außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation gestalten würden.

Was anderes ist aber die französische Gewerkschaftsbewegung als eine Mehrzahl von Gewerkschaftsbünden, unsere freie Arbeiterbewegung CGT-FO¹, die christliche CFTC² und die kommunistische CGT³? Wie könnte man unter solchen Umständen eine «Front», ein «Kartell» oder irgendeine andere «einige und demokratische» Organisation gründen aus freien und unfreien Gewerkschaften, aus denen, die dem demokratischen Erbe verpflichtet sind, und solchen, die andere Ziele verfolgen?

Auf dem vielgestaltigen Schachbrett der Sozialstruktur Frankreichs gibt es meines Erachtens nur *eine* Möglichkeit, auszuharren und die Erneuerung vorzubereiten, nämlich den Willen, uns vor allem selber treu zu bleiben. Dies gilt für die Gewerkschaftsbewegung, die durch jedes Schwanken leicht gefährdet würde. Darin liegt auch die Lehre, die wir aus den Ergebnissen der letzten Wahlen ziehen, bei denen die «früheren Parteien», wie uns scheint, selbst zu ihrer Niederlage beitrugen, weil sie glaubten, sich zusammenschließen zu müssen, als de Gaulle vor den Wählern mit den Fingern auf sie zeigte.

In der heutigen Lage Frankreichs müssen die gewerkschaftlichen Organisationen, wenn sie in der Stunde der Gefahr nützliche Arbeit leisten wollen, über das Entscheidungsrecht und die volle Handlungsfreiheit verfügen. Dies schließt offensichtlich keineswegs aus, daß sie bei bestimmten Gelegenheiten als freie Gewerkschaftsbünde ihre Haltung aufeinander abstimmen, wie sie es angesichts der schweren Bedrohung durch die OAS (Organisation der Geheimarmee, der heutige Nationale Widerstandsrat von Bidault) getan haben.

Nur der wird geachtet, der es verdient, und einzig der hat Anspruch auf den Sieg, der als erstes die eigene Persönlichkeit achtet und bejaht.

Robert Bothereau, Paris.

¹ Confédération générale du travail Force ouvrière.

² Confédération française des travailleurs chrétiens.

³ Confédération générale du travail.